

## CHINA ZU BEGINN DER 90er JAHRE

Peter Schier

# Deng Xiaopings letzte Entscheidungsschlacht um Chinas Zukunft

## Teil II

3. Reaktionen auf die Reformoffensive Deng Xiaopings zu Beginn des Jahres 1992

Die Reaktionen in China auf die Äußerungen Deng Xiaopings während seiner Reise in den Süden vom 18. Januar bis 21. Februar 1992 fielen recht unterschiedlich aus: Während in den Wirtschaftssonderzonen und in den wirtschaftlich entwickelten Südostprovinzen die Reformoffensive Dengs geradezu mit Begeisterung aufgenommen wurde, bot die Beijinger Parteizentrale ein gespaltenes Bild. Zwar stellte sich das Politbüro des ZK der KPCh auf einer Sitzung am 9. und 10. März 1992 inhaltlich hinter die Äußerungen Dengs,<sup>44</sup> doch in der Zentralen Beraterkommission, in der ZK-Propagandaabteilung, im Verlag des ZK-Organs *Volkszeitung* und in der ZK-Organisationsabteilung wurde intern deutlich Widerspruch zu Dengs neuerlicher Reforminitiative laut. Auf einem informellen politischen Spitzentreffen Ende April 1992 äußerte sich Deng Xiaopings Gegenspieler Chen Yun in bisher unbekannter Schärfe, die auf eine totale Unversöhnlichkeit zwischen den orthodoxen Marxisten-Leninisten und den Sowjetmodell-Saniern auf der einen Seite und den konservativen Reformkräften auf der anderen Seite schließen läßt.<sup>45</sup>

Äußere Anzeichen des Widerstands orthodoxer Kräfte waren die sehr reservierte Berichterstattung im ZK-Organ *Volkszeitung* über die Äußerungen

Dengs und die fehlenden personellen Konsequenzen der z.T. namentlichen Kritik Dengs an Reformgegnern und seiner Forderung, "jene Leute... so schnell wie möglich auszuwechseln".<sup>46</sup> Bis Ende Mai 1992 wurden keine diesbezüglichen Personalveränderungen bekannt. Distanz zu Deng Xiaopings Reformoffensive war auch in den Erklärungen einer Reihe von orthodoxen Politikern abzulesen, die sich zwar verbal hinter die Politik der "Reform und Öffnung" stellten, jedoch die Neueinschätzung Dengs unerwähnt ließen, daß sich China nun wieder hauptsächlich vor Linksabweichungen in acht nehmen müsse.

Deng Xiaoping zeigte sich am 22. Mai 1992 während eines Besuches des Hauptstädtischen Eisen- und Stahlwerks im Westen Beijings enttäuscht über die Reaktionen auf seine Erklärungen im Süden zu Beginn dieses Jahres: "Es gibt drei unterschiedliche Verhaltensweisen [hierzu]. Einige machen nur pro forma mit, um mir nach dem Mund zu reden, andere sind sehr zurückhaltend, und nur ein kleiner Teil hat begonnen, [meine Äußerungen] in die Tat umzusetzen."<sup>47</sup> Erneut forderte Deng eine weitere Befreiung des Denkens und eine Beschleunigung der Reform und Öffnung des Landes. Die in den jüngst vom Nationalen Volkskongreß verabschiedeten Wirtschaftsplänen festgelegte wirtschaftliche Wachstumsrate von 6 Prozent bemängelte Deng als "nicht gut und zu niedrig".<sup>48</sup> Bezeichnenderweise berichteten die Beijinger Medien, einschließlich des

ZK-Organs *Volkszeitung*, nicht über den Besuch Dengs, der von seiner Frau Zhuo Lin und seinen Töchtern Deng Nan und Deng Rong begleitet wurde.<sup>49</sup> Wie bei seiner Reise in den Süden meldeten zunächst Hongkonger Zeitungen den Besuch Dengs im Hauptstädtischen Eisen- und Stahlwerk.

Wahrscheinlich auf Veranlassung des Politbüros wurden Anfang März 1992 Untersuchungsteams in die ZK-Propagandaabteilung, in die *Volkszeitung* und in das Kulturministerium entsandt, die dort auf erheblichen Widerstand bei der Verbreitung der Äußerungen von Deng Xiaoping stießen. Vor diesem Hintergrund berief das ZK-Sekretariat am 7. April 1992 eine Sitzung der Führungskader der ZK-Propagandaabteilung ein, auf der Qiao Shi "linke" Tendenzen innerhalb der ZK-Propagandaabteilung, der *Volkszeitung* und des Kulturministeriums kritisierte. So verhalte sich die *Volkszeitung* passiv bei der Propagierung der grundlegenden politische Linie der Partei und bei der Durchsetzung der Weisungen Deng Xiaopings. Qiao Shi warf den drei o.g. Organen vor, sich nicht an die Beschlüsse und Instruktionen des Politbüros gehalten zu haben, was einen Verstoß gegen die Parteidisziplin darstelle. Verantwortlich hierfür seien die Leiter und stellvertretenden Leiter dieser Organe. Namentlich kritisierte Qiao Shi u.a. den Direktor der ZK-Propagandaabteilung, Wang Renzhi, und den Chefredakteur der *Volkszeitung*, Gao Di, die er aufforderte, von ihren Posten zurückzutreten.<sup>50</sup>

Die "linker" Tendenzen beschuldigten Politiker scheinen freilich nicht bereit, freiwillig das Feld zu räumen, und verteidigen ihre politischen Positionen hartnäckig. So erklärte Wang Renzhi in einer "Selbstkritik" am 8. April vor einer erweiterten Sitzung des Parteikomitees der ZK-Propagandaabteilung, daß sein Denken nicht im Einklang mit der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung stehe, weil er "eine einseitige Betrachtungsweise" habe, indem er den Marxismus als Leitprinzip seiner Arbeit benutze.<sup>51</sup> - Mit anderen Worten: Mein politischer Standpunkt ist korrekt, aber die gesellschaftliche Entwicklung läuft in die falsche Richtung.

Am gleichen Tag kamen in Beijing eine Reihe von Mitgliedern der Zentralen Beraterkommission unter der Lei-



tung ihres Vorsitzenden Chen Yun zu einem informellen Treffen zusammen, auf dem sie einen Brief an das Politbüro des ZK der KPCh formulierten, der nach Ansicht des stellvertretenden Kommissionsvorsitzenden Song Renqiong die Ansicht der Beraterkommission zur gegenwärtigen Lage darstellt. Dieses Dokument mit dem Titel "Unsere Ansichten und (abweichenden) Meinungen zu einigen Fragen" wurde am 14. April dem Politbüro übergeben. Es enthält eine Reihe von Positionen, die z.T. in diametralem Gegensatz zu den Positionen Deng Xiaopings und des Politbüro-Beschlusses von Anfang März 1992 stehen. U.a. äußerten die orthodoxen Parteiveteranen folgende Ansichten:

- "Innerhalb der Gesellschaft besteht bereits die Tendenz, die grundlegende Theorie des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen vollständig zu negieren."
- "Eine relativ große Anzahl von Parteiorganisationen und Parteifunktionären auf allen Ebenen bejahen die marxistisch-leninistische Theorie nur pro forma, doch in ihrer konkreten, praktischen Arbeit negieren sie sie."
- "Innerhalb der Gesellschaft, innerhalb der Partei und bei der praktischen Arbeit existieren sowohl rechte als auch linke Einflüsse, doch gegenwärtig sorgen wir uns insgeheim um die Rechtsabweichungen, denn die Einflüsse und Obstruktionen der rechten ideologischen Tendenzen machen sich bereits im ideologischen Bewußtsein innerhalb der Partei und im Parteaufbau bemerkbar."
- "Man muß klar erkennen, daß in den Bereichen Politik und Ideologie ... in den vergangenen 10 Jahren die größte Gefahr von 'rechts', von Rechtstendenzen und von der bürgerlichen Liberalisierung, ausgeht."
- "Wir müssen vor Versuchen auf der Hut sein, unter dem Vorwand der 'Befreiung des Denkens' Bedingungen für die Verbreitung verschiedener gegen den Marxismus-Leninismus gerichteter ideologischer Strömungen und für die bürgerliche Liberalisierung zu schaffen und jene Genossen anzugreifen, die am Parteigeist und an den Prinzipien des Marxismus-Leninismus festhalten."<sup>52</sup>

Bereits auf einer Sitzung des Ständigen Ausschusses der Zentralen Beraterkommission Anfang März 1992 hatte der stellvertretende Kommissionsvorsitzende Song Renqiong erklärt: "Ich kann nicht erkennen, daß es gegenwärtig in der politisch-ideologischen und in der wirtschaftlichen Arbeit 'linke' Einflüsse und Obstruktionen gibt... Wie in den vergangenen 10 Jahren besteht gegenwärtig innerhalb der Führungsschicht der Partei in den Bereichen Politik, Ideologie und Theorie eindeutig ein 'rechter' Trend... Heute halte ich immer noch daran fest, daß wir uns auf den Gebieten Politik, Ideologie und Theorie hauptsächlich vor rechten Tendenzen hüten und Rechtsabweichungen bekämpfen müssen, während wir im ökonomischen Bereich [auch] auf 'linke' Tendenzen achtgeben und sie bekämpfen müssen."<sup>53</sup>

Auf die Kritik der orthodoxen Marxisten-Leninisten an der auch vom Politbüro beschlossenen erneuten Betonung des Kampfes gegen "linke" Tendenzen und an einer weitergehenden "Befreiung des Denkens" ging Chinas oberster Sicherheitschef Qiao Shi auf einer Konferenz von Führungskadern aus Justiz, öffentlicher Sicherheit und Bewaffneter Volkspolizei am 6. April 1992 näher ein. Qiao Shi, der sich von Beginn an eindeutig hinter die Reformoffensive Deng Xiaopings gestellt hatte, bezichtigte "einige Genossen", die "den ganzen Tag hohle Phrasen über ihren angeblichen Marxismus-Leninismus dreschen", des aktiven Widerstands gegen die offizielle politische Linie der Partei. Diesen Genossen, die jegliche Parteidisziplin und jeglichen Parteigeist vermissen ließen, drohte Qiao Shi personelle Konsequenzen an: "Der Genosse Deng Xiaoping hat mehrfach darauf hingewiesen: Diese Genossen müssen abtreten, und man muß entschlossene, erfolgreiche und verdienstvolle Leute an ihre Stelle treten lassen. Ich unterstütze das voll und ganz."<sup>54</sup>

Zur Auseinandersetzung mit den orthodoxen Marxisten-Leninisten, ob im Interesse der von der KPCh zur "zentralen Aufgabe" erhobenen Wirtschaftsentwicklung nun primär linke oder rechte Tendenzen bekämpft werden müssen, äußerte sich Qiao Shi wie folgt:

"Jene Leute, die die Wahrheit nicht anerkennen und der Buchgläubigkeit frönen, stellen sich als die ewig richti-

gen Verteidiger des Marxismus und als die Vertreter der korrekten Linie der Partei dar. Sie benutzen immer einige für ihre Zwecke nützliche Fragmente des Marxismus-Leninismus, um andere rhetorisch anzugreifen und einzuschüchtern und ihnen ein falsches Etikett anzuhängen. Diese Verhaltensweise obstruiert und schädigt die Reform- und Öffnungspolitik und stellt in ihrem Wesen eine Einmischung und Gefährdung von 'links' dar. Der Genosse Deng Xiaoping hat gesagt, daß wir uns gegenwärtig hauptsächlich 'vor linken Tendenzen in acht nehmen' müssen. Damit hat er uns klar vor Augen geführt, daß innerhalb der Partei von der Zentrale bis hin zur Basis die 'linke' Ideologie tief verwurzelt ist und [nach wie vor] einen erheblichen Einfluß ausübt. [Sicherlich] müssen wir auch vor rechten Tendenzen auf der Hut sein, denn innerhalb der Partei ist es [auch] zu Rechtsabweichungen gekommen, doch die traten nur partiell und zeitweilig auf. Innerhalb der Führungsschicht waren sie nicht vorhanden [sic!]. [Hingegen] ist der Einfluß des 'linken' Bewußtseins und der 'linken' ideologischen Tendenzen anhaltend und umfassend. Außerdem trägt [die 'linke' Ideologie] das Mäntelchen der Legalität, der Revolution und der Korrektheit. Deshalb besitzt sie einen gefährlichen und zerstörerischen Charakter. Wenn der Genosse Xiaoping betont, daß wir uns hauptsächlich 'vor linken Tendenzen in acht nehmen' müssen, dann entspricht dies voll und ganz der realen Situation der Partei und auch unserer Parteigeschichte. Sollten in einer bestimmten Abteilung die 'linken' ideologischen Tendenzen wieder auftreten und anwachsen, reicht es [natürlich] nicht aus, wenn wir uns [lediglich] 'vor linken Tendenzen in acht nehmen' [fangzuo], sondern dann müssen wir 'gegen links kämpfen' [fangzuo] und 'links berichtigen' [jiuzuo]."<sup>55</sup>

Am 25. April 1992 kamen Chinas Spitzenpolitiker zu einem informellen Zehnergipfel (shiren zuigaofeng huiyi) zusammen. Teilnehmer der Runde waren Deng Xiaoping, Chen Yun, Li Xiannian, Peng Zhen, Yang Shangkun, Bo Yibo, Jiang Zemin, Li Peng, Qiao Shi und Wan Li. Man einigte sich zwar auf neun gemeinsame Punkte, doch in der wichtigen Frage des Kampfes gegen linke und/oder rechte Abweichungen gab es keine Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte:



- Chen Yun äußerte sich in bisher unbekannter Schärfe, die auf eine totale Unversöhnlichkeit auf politisch-ideologischem Gebiet mit den konservativen Reformkräften um Deng Xiaoping schließen läßt:

"Wir müssen vor rechten Tendenzen auf der Hut sein. Man muß eingestehen, daß es Manifestationen rechter Tendenzen gibt, daß rechte Tendenzen innerhalb der Partei existieren und daß die Möglichkeit des Ausbruchs von Unruhen besteht. 'Linke' ideologische Tendenzen und Abweichungen hat es in den vergangenen 10 Jahren vor allem im Bereich des Wirtschaftsaufbaus gegeben. Die Vertrauenskrise innerhalb der Partei, die Widerspiegelung der beispiellosen Dekadenz und Korruption innerhalb der Partei und die verschiedenen Verunglimpfungen, Angriffe und Revisionen der marxistisch-leninistischen Theorie sind zur irregulären Hauptströmung innerhalb der Partei geworden. Der Einfluß der 'rechten' Tendenzen innerhalb der Partei auf die Gesellschaft stellt den Hauptfaktor für eventuelle soziale Unruhen und Instabilität dar."<sup>56</sup>

- Deng Xiaopings Replik zeigte die Unterschiedlichkeit der Standpunkte der beiden Parteiveteranen:

"Wenn ich davon rede, daß wir uns vor 'linken' Tendenzen in acht nehmen müssen, dann meine ich damit die Leitideologie der Führungskader unserer Partei. Unsere Generation beeinflusst die nachfolgende Generation. Warum können der Aktivismus und die Schöpferkraft unseres Volkes nicht vollständig mobilisiert werden? Warum kann sich das Denken der Führungskader nicht in relativ großem Maße befreien? Warum fürchten sie ständig, politische Richtungsfehler zu begehen? Die eigentliche Ursache liegt in der 'linken' [Ideologie]. Um es etwas deutlicher auszudrücken: Sie sind vom Dogmatismus und der Buchgläubigkeit des Marxismus, des Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen gefesselt, so daß sie nicht in der Lage sind, das sozialistische System zu vervollkommen und die Beschlüsse und die Linie unserer Partei vollständig zu verwirklichen."<sup>57</sup>

Auf dem Zehnergipfel am 25. April 1992 äußerte sich Chen Yun auch sehr kritisch über die Zustände in der Wirtschaftszone Shenzhen:

"Einige Gegebenheiten in Shenzhen, und zwar von oben bis runter in die Gesellschaft, sind noch mehr Laissez-faire und noch verdorbener als im Kapitalismus. Dinge, die [selbst] die kapitalistische Gesellschaft nicht ihren freien Lauf läßt, können von Shenzhen nicht kontrolliert werden, sind nicht im Griff. Gemäß der heute gültigen Entwicklungsrichtung von Shenzhen stützt man sich auf Entwicklung von außen, und die Geschichte [von Shenzhen] werden von außen gesteuert."<sup>58</sup>

Nach dem Beijinger Spitzentreffen reiste Chen Yun am 26. April 1992 nach Shanghai, wo er mit der dortigen politischen Führung zusammentraf. Damit wiederholte sich das machtpolitische Schachspiel des letzten Jahres, als Chen Yun ebenfalls nach Shanghai fuhr, um nach dem Besuch Dengs in der Hafenstadt für eine "sozialistische" Ausrichtung der Wirtschaftszone Pudong zu werben.<sup>59</sup> Auch in diesem Jahr sprach sich Chen Yun für eine Entwicklung und Öffnung der Wirtschaftszone von Pudong aus, fügte jedoch hinzu, daß es hierfür "kein gutes Vorbild gibt, von dem Shanghai lernen könnte". Und weiter: "Ihr dürft nicht die Situation einiger Wirtschaftssonderzonen blind kopieren."<sup>60</sup> Damit stellte sich Chen Yun zum wiederholten Male in Widerspruch zu Deng Xiaoping, der am 25. Januar 1992 in der Wirtschaftszone Zhuhai erklärt hatte, daß die Provinz Guangdong und ihre Wirtschaftssonderzonen zum Vorbild für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas werden sollten.<sup>61</sup> Chen Yun wandte sich in Shanghai auch gegen eine auf das Ausland gestützte Entwicklung: Wer sich nicht auf chinesische Warenzeichen sondern auf ausländische Warenzeichen stütze, der könne keinen Sozialismus chinesischer Prägung aufbauen, sagte Chen Yun in deutlicher Anspielung auf die Wirtschaftszone im Süden und auf ihren Initiator Deng Xiaoping.<sup>62</sup> Über den Kampf gegen rechte und linke Tendenzen verlor Chen offenbar kein Wort.<sup>63</sup>

Bereits am 20. Februar 1992 hatten orthodox marxistisch-leninistische Kräfte auf Dengs Kritik an "linken" Tendenzen öffentlich gekontert: In der Zeitschrift *Ideologische Trends der Gegenwart* (Dangdai Sichao), die der ZK-Propagandaabteilung untersteht, wurde ein Artikel veröffentlicht, in dem

vor einer Fehleinschätzung der politischen Situation gewarnt wird. In Anspielung auf eine Äußerung von Chen Yun Anfang November 1991 heißt es dort, daß ein Schiff kentern würde, wenn der Kapitän das Schlingern seines Schiffes falsch einschätze, die falsche Richtung einschläge und damit die Kontrolle über sein Schiff verliere. Diese Gefahr habe in der KPCh-Geschichte schon mehrfach bestanden, zuletzt unter der Führung des damaligen ZK-Generalsekretärs Zhao Ziyang, der, statt gegen die bürgerliche Liberalisierung zu kämpfen, primär gegen die Linken angegangen sei. Dies habe dann zu den Unruhen des Jahres 1989 geführt.

Weiter wird in dem Artikel zwischen echten Linken und unechten "Linken" unterschieden: "Die Linken sind die Kommunistische Partei und jene, die den Marxismus-Leninismus in der Arbeiterbewegung aufrechterhalten. Diese Leute nennen sich oft selbst Linke und werden auch von anderen als solche bezeichnet. 'Linke' hingegen sind Leute, die gegen die objektiven Gesetze verstoßen und die überstürzt und blind handeln. Die Mitglieder der Kommunistischen Partei müssen sich immer vor 'linken' Abweichungen hüten und sie bekämpfen."<sup>64</sup> - Nach der Logik dieses Artikels sind die orthodoxen Marxisten-Leninisten und die Sowjetmodell-Sanierer um Chen Yun die wahren Linken, während die auf ein rascheres Wirtschaftswachstum drängenden Reformkräfte um Deng Xiaoping Pseudo-"Linke" sind.

Schließlich heißt es in dem Artikel: "Seit geraumer Zeit werden links und 'links' durcheinandergebracht. Unter dem Vorwand, gegen 'links' zu kämpfen, lehnen einige Leute, die hartnäckig an ihrem bürgerlich-liberalen Standpunkt festhalten, die Führung durch die Kommunistische Partei und das sozialistische System ab und verunglimpfen und attackieren den Marxismus-Leninismus und jene aufrechten Menschen, die am Marxismus-Leninismus festhalten. Wenn dieser Art von 'Anti-links-Kampf' nicht ein rechtzeitiger, entschiedener und wirksamer Gegenschlag verpaßt wird, dann wird eine antikommunistische Gedankenflut nach der anderen über uns einbrechen, bis es katastrophale Ausmaße angenommen hat und unser Land und unser Volk im Chaos untergehen. Außerdem kann [diese Art von 'Anti-



links-Kampf] nur das ideologische Durcheinander unter den Parteimitgliedern und in der allgemeinen Öffentlichkeit verstärken. Genau das ist die grundlegenden Kampftaktik der feindlichen Kräfte im In- und Ausland.<sup>65</sup> - Das unausgesprochene Fazit des Artikels lautet: Deng Xiaopings politische Neueinschätzung, daß sich China sowohl vor rechten als auch vor "linken" Tendenzen hüten, jedoch primär vor "linken" Abweichungen in acht nehmen müsse, ist falsch und leistet den Gegnern des Sozialismus Vorschub.

Ganz im Gegensatz dazu stand ein Artikel, der ebenfalls am 20. Februar 1992 von der *Arbeiter-Tageszeitung*, dem Organ des Nationalen Gewerkschaftsverbands, veröffentlicht wurde. Hierin hieß es explizit, daß die "Hauptgefahr" für die Reform- und Öffnungspolitik von links komme. Die Linkstendenzen kämen u.a. darin zum Ausdruck, daß einige Genossen die Reform- und Öffnungspolitik mit der Einführung eines Zwei-Klassen-Systems, mit der Entwicklung des Kapitalismus, mit der Einführung eines Systems der Ausbeutung und mit der Anbetung des Westens gleichsetzten. Die Bekämpfung linker Einflüsse sei "viel schwieriger" als die Korrektur rechter Fehler, weil das linke Gedankengut eine sehr lange Zeit die Partei beherrscht habe und als "revolutionär" eingeschätzt worden sei.<sup>66</sup> - In diesem Artikel wurde also die Position der konservativen Reformkräfte um Deng Xiaoping vertreten, der sich das Politbüro Anfang März 1992 parteioffiziell anschloß.

Nach der jüngsten Reforminitiative Deng Xiaopings meldeten sich aber auch Vertreter der radikalen Reformkräfte wieder zu Wort, die nach der Niederschlagung der Protestbewegung 1989 politisch und beruflich weitgehend kaltgestellt worden waren:

- Auf einer Diskussionsveranstaltung der Zeitschrift *Reform* verlangte der bekannte Wirtschaftsreformer Tong Dalin, daß die von Deng geforderte ideologische Befreiung nicht auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt bleiben dürfe. Vielmehr müsse sie auch die Bereiche Politik, Kultur und gesellschaftliches Leben umfassen. Die diesbezüglichen Diskussionen sollten nicht nur in dem relativ kleinen Kreis der Theoretiker geführt werden, son-

dern sollten für die "ganze Gesellschaft" offen sein.<sup>67</sup> Damit verlangte Tong ein umfassendes Reformkonzept, das auch politische Reformen beinhaltet, und eine Partizipation breiter Kreise der Gesellschaft bei der Ausarbeitung des Reformwerks.

- Einen umfassenderen Reformansatz forderte überraschenderweise auch die stellvertretende Shanghaier Parteisekretärin und Direktorin der Propagandaabteilung des Shanghaier Parteikomitees, Frau Chen Zhili (49), auf einem Seminar über Ideologie und Kultur am 24. April 1992 in Shanghai. Frau Chen erklärte, daß die Ausführungen von Deng Xiaoping, darunter insbesondere seine Forderungen nach einer weiteren Befreiung des Denkens, und nach einem schnelleren Reformtempo, "ohne Zweifel auch an der ideologischen und kulturellen Front angewendet werden können."<sup>68</sup> Damit hob sich Frau Chen deutlich ab von anderen Politikern - einschließlich ihrer Kollegen in Shanghai - , die in ihren Unterstützungsbekundungen für Deng Xiaoping die Notwendigkeit einer weiteren Befreiung des Denkens nur für den Bereich der Wirtschaftsreformen und der wirtschaftlichen Öffnung des Landes betonten.

- Mit Abstand am weitgehendsten scheinen Reformvorschläge, die in dem Buch *Historische Trends* erhoben werden, das Anfang Mai vom Verlag der Volksuniversität Beijing in einer Auflage von 30.000 Exemplaren auf den Markt gebracht wurde. Das 244 Seiten umfassende Buch enthält 14 Beiträge, deren Autoren, mehrheitlich der Gruppe der radikalen Reformer zugerechnet werden können, darunter der frühere Verlagsdirektor der *Volkszeitung* Hu Jiwei, der Politologe Zhang Xianyang, der Parteiveteran Li Rui und der Wirtschaftswissenschaftler Fang Sheng. Hu Jiwei, dem im März 1990 auch sein Abgeordnetenmandat im Nationalen Volkskongreß entzogen worden war, kritisierte in seinem Artikel "Über die Betonung des Kampfes gegen linke Tendenzen" u.a. die orthodoxe Position des gegenwärtigen Chefredakteurs der *Volkszeitung*, Gao Di. Li Rui, einer der wenigen aufgeklärten Parteiveteranen, wies in seinem Beitrag darauf hin, daß die gegenwärtig aktiven "linken" Theoretiker ursprünglich zu den kulturrevolutionären Radikalen, d.h. den Anhängern Maos und der "Viererbande", oder zu den gemä-

ßigten Maoisten, d.h. den Gefolgsleuten von Hua Guofeng, gezählt hätten. Abweichend von Deng Xiaoping forderte Li Rui, daß es zur Verhinderung "linker" Einmischungen nicht genüge, sich "vor linken Tendenzen in acht zu nehmen" (fangzuo) - wie Deng dies formuliert hatte -, sondern man müsse sie schon aktiv bekämpfen (fangzuo).<sup>69</sup>

Der Sammelband *Historische Trends* enthält auch die drei Artikel der Autorengruppe "Huangfu Ping", die im Februar und März 1991 in der Shanghaier Tageszeitung *Befreiung* veröffentlicht und in denen damals bereits eine weitere Befreiung des Denkens und ein schnelleres Reformtempo gefordert worden waren.<sup>70</sup>

Herausgeber des Buches ist der Jurist Yuan Hongbing (39) von der Beijing-Universität, der 1989 aufgrund seiner Beteiligung an der Protestbewegung mit einem Lehrverbot bestraft wurde, das nach wie vor nicht aufgehoben worden ist. In seinem Vorwort schreibt Yuan, daß "linke" ideologische Trends die größte Gefahr für künftige Unruhen darstellen und Unglück über China und das chinesische Volk bringen würden. Seine Forderung nach politischen Reformen begründet Yuan u.a. mit den mäßigen Erfolgen bei der Bekämpfung der Korruption unter den Partei- und Staatskadern: "Wenn man die Korruption wirksam eindämmen will, kommt man nicht umhin, schrittweise einen vollständigen Mechanismus der Überwachung des Prozesses der Machtausübung durch Gesetze und durch die öffentliche Meinung aufzubauen. Diese Aufgabe kann man nur durch Veränderungen der politischen Strukturen lösen und nicht dadurch, daß man Reform und Öffnung auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt."<sup>71</sup>

Die Forderungen von Yuan Hongbin laufen unzweideutig auf Gewaltenteilung und die Zulassung einer freien Presse hinaus. Derart weitgehende politische Reformen sind jedoch bisher auch von Deng Xiaoping immer strikt abgelehnt worden. Hier bahnt sich - wie schon 1986/1987 im Zusammenhang mit den Diskussionen über politische Reformen - ein neuerlicher Konflikt innerhalb des Reformlagers und zwischen orthodoxen Marxisten-Leninisten, Sowjetmodell-Sanierern und konservativen Reformkräften auf der einen Seite und radikalen Reformkräf-



ten auf der anderen Seite an.<sup>72</sup> Gegenwärtig freilich, und dies wird mindestens bis zum XIV. Nationalen Parteitag der KPCh im Herbst 1992 so bleiben, wird der Hauptkonflikt um Umfang und Grenzen der Wirtschaftsreformen und der wirtschaftlichen Öffnung zwischen den konservativen Reformkräften um Deng Xiaoping auf der einen Seite und den orthodoxen Marxisten-Leninisten und Sowjetmodell-Sanierern um Chen Yun auf der anderen Seite ausgetragen, während von diesen beiden Lagern gleichzeitig Forderungen nach einer Demokratisierung des politischen Systems nicht nur abgelehnt sondern auch bestraft werden.

Wie heftig und kompliziert die intraelitären Auseinandersetzungen zur Zeit sind, zeigte sich u.a. daran, daß noch nicht einmal zwei Wochen nach Erscheinen des Buches *Historische Trends* die weitere Verbreitung des Sammelbands vom Parteikomitee der Volksuniversität verboten wurde. Offizielle Begründung: Unter den Autoren und Redakteuren befänden sich "Anstifter des Aufruhrs" von 1989 und "die [geistige] Elite, die hinter den Unruhestand". Das Verbot soll auf Anweisung der ZK-Propagandaabteilung erfolgt sein, die von orthodoxen Kräften kontrolliert wird. Die ZK-Propagandaabteilung soll auch eine Arbeitsgruppe zur Untersuchung der "Verschwörung" eingesetzt haben, die zur Veröffentlichung von *Historische Trends* führte. Das Vorgehen gegen das Buch ist freilich auch ein Affront gegen den stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralen Beraterkommission, Bo Yibo. Bo, ein Vertrauter Deng Xiaopings, hatte für das Titelblatt des Buches die Widmung kalligraphiert "Reform und Öffnung sind der einzige Weg, um die Nation stark und das Volk wohlhabend zu machen".<sup>73</sup>

- 51) Ebenda, S. 12.
- 52) Ebenda, S. 13-14.
- 53) Ebenda, S. 15.
- 54) Ebenda, S. 17-18.
- 55) Ebenda, S. 18.
- 56) Zhengming, Juni 1992, S. 11.
- 57) Ebenda, S. 11-12.
- 58) Ebenda, S. 12.
- 59) Siehe C.a., April 1992, S. 232.
- 60) Dongxiang, Hongkong, Mai 1992, S. 7.
- 61) C.a., Januar 1992, S. 6.
- 62) Dongxiang, Mai 1992, S. 7.
- 63) Vergleiche die Berichterstattung der Volkszeitung, die mit nur zweitägiger Verspätung den Besuch Chen Yuns in Shanghai auf der Titelseite und mit Photo meldete: RMRB, 2.5.92.
- 64) Nach Mingbao, Hongkong, 10.4.92, in: Inside China Mainland, Taibei, Juni 1992, S. 6-7.
- 65) Ebenda, S. 7.
- 66) Gongren Ribao, 20.2.92, nach Inside China Mainland, Juni 1992, S. 8-9.
- 67) Beijing Rundschau, Nr. 20/1992 (19.5.92), S. 17.
- 68) Radio Shanghai, 24.4.92, nach SWB, 14.5.92.
- 69) Nach Mingbao, 10.5.92, in: SWB, 14.5.92; siehe auch SCMP, 11.5.92.
- 70) Siehe C.a., April 1992, S. 232.
- 71) Nach Mingbao, 10.5.92, in: SWB, 14.5.92.
- 72) Siehe P.Schier, "Die Diskussion über politische Reformen und ihre Hintergründe", in: C.a., August 1986, S. 534-538; ders., "Der Sturz des Hu Yaobang - Orthodoxe Marxisten und alte Berater schlugen zurück", in: C.a., Januar 1987, S. 63-68, und Februar 1987, S. 147-153.
- 73) SCMP, 18. und 19.5.92; Mingbao, 10.5.92, in: SWB, 14.5.92.

### Anmerkungen

- 44) Siehe C.a., März 1992, S. 146-147.
- 45) Siehe Zhengming, Juni 1992, S. 10-12. Zu den verschiedenen politischen Meinungsgruppen und ihren Positionen siehe meinen Aufsatz "Intraelitäre Gruppen und Konflikte in der Volksrepublik China", in: C.a., Mai 1991, S. 283-296.
- 46) Siehe C.a., April 1992, S. 230.
- 47) Jingji Ribao, Hongkong, 27.5.92, nach SWB, 2.6.92.
- 48) Ebenda.
- 49) Siehe auch die Übersicht "Deng Xiaopings tagespolitische Entourage" in diesem Heft.
- 50) Zhengming, Mai 1992, S. 11-12.



## Text der Ergänzungs und Änderungsartikel zur Verfassung der Republik China (Taiwan)

Quelle: ZZ, 5.6.1992

第十一條：國民大會之職權，除依憲法第二十七條之規定外，並依增修條文第十三條第二項、第十四條第二項及第十五條第二項之規定，對總統提名之人員行使同意權。

前項同意權之行使，由總統召集國民大會臨時會為之，不受憲法第三十條之限制。

國民大會集會時，得聽取總統國情報告，並檢討國是，提供建言；如一年內未集會，由總統召集臨時會為之，不受憲法第三十條之限制。

國民大會代表自第三屆國民大會代表起，每四年改選一次，不適用憲法第二十八條第一項之規定。

第十二條：總統、副總統由中華民國自由地區全體人民選舉之，自中華民國八十五年第九任總統、副總統選舉實施。

前項選舉之方式，由總統於中華民國八十四年五月二十日前召集國民大會臨時會，以憲法增修條文定之。

總統、副總統之任期，自第九任總統、副總統起為四年，連選得連任一次，不適用憲法第四十七條之規定。

總統、副總統之罷免，依左列規定：

一、由國民大會代表提出之罷免案，經代表總額四分之一之提議，代表總額三分之二之同意，即為通過。

二、由監察院提出之彈劾案，國民大會為罷免之決議時，經代表總額三分之二之同意，即為通過。

副總統缺位時，由總統於三個月內提名候選人，召集國民大會臨時會補選，繼任至原任期屆滿為止。

總統、副總統均缺位時，由立法院院長於三個月內通告

命之。憲法第九十一條至第九十三條、增修條文第三條，及第四條、第五條第三項有關監察委員之規定，停止適用。

監察院對於中央、地方公務人員及司法院、考試院人員之彈劾案，須經監察委員二人以上之提議，九人以上之審查及決定，始得提出，不受憲法第九十八條之限制。

監察院對於監察院人員失職或違法之彈劾，適用憲法第九十五條、第九十七條第二項及前項之規定。

監察院對於總統、副總統之彈劾案，須經全體監察委員過半數之提議，全體監察委員三分之二以上之決議，向國民大會提出，不受憲法第一百條之限制。

監察委員須超出黨派以外，依據法律獨立行使職權。

憲法第一百零一條及第一百零二條之規定，停止適用。

第十六條：增修條文第十五條第二項之規定，自提名第二屆監察委員時施行。

第二屆監察委員於中華民國八十二年二月一日就職，增修條文第十五條第一項及第三項至第七項之規定，亦自同日施行。

增修條文第十三條第一項及第十四條第二項有關司法院、考試院人員任命之規定，自中華民國八十二年二月一日施行。中華民國八十二年一月三十一日前之提名，仍由監察院同意任命，但現任人員任期未滿前，無須重新提名任命。

第十七條：省、縣地方制度，應包含左列各款，以法律定之，不受憲法第一百零八條第一項第一款、第一百十二

# 「中華民國憲法增修條文」全文

國民大會臨時會集會補選總統、副總統，繼任至原任期屆滿為止。

第十三條：司法院設院長、副院長各一人、大法官若干人，由總統提名，經國民大會同意任命之，不適用憲法第七十九條之有關規定。

司法院大法官，除依憲法第七十八條之規定外，並組成憲法法庭審理政黨違憲之解散事項。

政黨之目的或其行為，危害中華民國之存在或自由民主之憲政秩序者為違憲。

第十四條：考試院為國家最高考試機關，掌理左列事項，不適用憲法第八十三條之規定：

- 一、考試。
- 二、公務人員之銓敘、保障、撫卹、退休。
- 三、公務人員任免、考績、級俸、陞遷、褒獎之法制事項。

考試院設院長、副院長各一人，考試委員若干人，由總統提名，經國民大會同意任命之，不適用憲法第八十四條之規定。

憲法第八十五條有關按省區分別規定名額，分區舉行考試之規定，停止適用。

第十五條：監察院為國家最高監察機關，行使彈劾、糾舉及審計權，不適用憲法第九十條及第九十四條有關同意權之規定。

監察院設監察委員二十九人，並以其中一人為院長、一人為副院長，任期六年，由總統提名，經國民大會同意任

條至第一百五十五條及第一百二十二條之限制；

一、省設省議會，縣設縣議會，省議會議員、縣議會議員分別由省民、縣民選舉之。

二、屬於省、縣之立法權，由省議會、縣議會分別行之。

三、省設省政府，置省長一人，縣設縣政府，置縣長一人、省長、縣長分別由省民、縣民選舉之。

四、省與縣之關係。

五、省自治之監督機關為行政院，縣自治之監督機關為省政府。

第十八條：國家應獎勵科學技術發展及投資，促進產業升級，推動農漁業現代化，重視水資源之開發利用，加強國際經濟合作。

經濟及科學技術發展，應與環境及生態保護兼籌並顧。國家應進行全民健康保險，並促進現代和傳統醫藥之研究發展。

國家應維護婦女之人格尊嚴，保障婦女之人身安全，消除性別歧視，促進兩性地位之實質平等。

國家對於殘障者之保險與就醫、教育訓練與就業輔導、生活維護與救濟，應予保障，並扶助其自立與發展。

國家對於自由地區山地之地位及政治參與，應予保障；對其教育文化、社會福利及經濟事業，應予扶助並促其發展。對於金門、馬祖地區人民亦同。

國家對於僑居國外國民之政治參與，應予保障。